

bochum

links

www.dkp-bochum.de

Mai 2004

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) für Bochum, Nr. 40

Aus Arbeitslosen werden Sozialhilfeempfänger:

DGB befürchtet dramatisches Anwachsen der Armut

Berlin/Bochum (sing) - Mit der von der Bundesregierung zum Januar 2005 vorgesehenen Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe, dem sog. Hartz-Modell, werden bis zu 1. Mio. Menschen in die Armut absinken. Auf sie wartet eine sogenannte „Bedürftigkeitsprüfung“. Fragen werden gestellt: Ist Vermögen vorhanden? Wie teuer ist das Auto? Gibt es Sparbücher? Können Verwandte für den Unterhalt aufkommen? Kann die Lebensversicherung oder die Altersvorsorge zurückgekauft werden?

Viele Betroffene werden auch ihre (für die Sozialhilfe zu große) Wohnung aufgeben müssen, denn das Sozialamt erkennt nur eine bestimmte Wohnungsgröße, je Familienmitglied an.

Der DGB-Bundesvorstand wies auch darauf hin, dass schon 6 Millionen Menschen heute bereits zu Löhnen arbeiten, die nur die Hälfte des Durchschnittslohnes betragen. Außerdem prangerte der DGB das „Lohnkostenzuschuss-System“, das nur die Unternehmen bereichere.

Auch die Förderung der sogenannten „Ich AG 's“ werden in naher Zukunft zu einer gewaltigen Insovenz-Welle führen.

Ab 2005, so beschloss die SPD/GRÜNE Bundesregierung beträgt die Sozialhilfe 331 Euro. Das wird dann das Maß aller Dinge sein. Also auf zum Spargelstechen für 5 Euro, zum Kartoffeleinsammeln für 3 Euro und zum Weihnachtsbaumverkauf für 50 Cent das Stück!

Neue Preiserhöhungen

Bochum (bl) - In den letzten Wochen gab es wieder zahlreiche Preiserhöhungen. Teurer wurde die Deutsche Bahn für Fernreisen um 3,4%. Der private Bahnkonkurrent InterConnex erhöht zum 1. Mai seine Preise um 12,4 %. Die Stadtwerke Bochum setzen ihre Wasserpreise um 12,5 Cent pro Kubikmeter herauf. Auch der WAZ-Konzern erhöht

seine Abonnentenpreise auf mtl. 17,20 Euro. Auf Rekordhöhe gestiegen sind die Benzinpreise, die derzeit bei 1,16 Euro/l liegen. Bei gleichzeitiger Reallohnsenkung steigen die Verbraucherpreise in den letzten Monaten immer deutlicher. So gab die europäische Statistikbehörde in Brüssel die Steigerung der Inflationsrate im März mit 1,7% an.

Zitat des Monats

„Die internationale Gemeinschaft hat gerade 8.2 Milliarden Dollar für den Aufbau Afghanistans für die nächsten Jahre mobilisiert. Die USA verbrauchen dieselbe Summe im Irak innerhalb von zwei Monaten für den Aufenthalt der amerikanischen Soldaten.“

Heidemarie Wiecek-Zeul, Entwicklungsministerin am 16. 4. 2004 im Handelsblatt

Neues Gewerkschaftshaus: Investitionsruine?

Bochum (sing) - Seit einem Jahr ruhen die Bauarbeiten an dem neuen Gewerkschaftshaus an der Alleestraße. Manch aktiver Gewerkschafter fragt sich, ob es nicht an der Zeit wäre dieses 18 Mio Euro teure Projekt ganz zu beerdigen. Bei steigender Arbeitslosigkeit, wachsender Armut und sinkenden Beitragaufkommen täte der IG Metall eine finanzielle Bescheidenheit gut. Eine Renovierung des „alten“ IG-Metall-Hauses an der Humboldt-Straße sollte eigentlich ausreichen.

„Wachstumskurs“ und „Rekordjagt“:

Große Unternehmensgewinne

Bochum (bl) - Im ersten Quartal des Jahres 2004 gaben viele Konzerne, Banken und Unternehmer Umsatzsteigerungen und zum Teil enorme Gewinne bekannt.

Fortsetzung auf Seite 4

Opel verweigert Tariflohnerhöhung

Bochum (bl) - Die Adam Opel AG weigert sich die tariflich vereinbarte Lohnerhöhung auszuführen und will die Erhöhung von 2,2% auf übertarifliche Leistungen anrechnen, was nach Betriebsvereinbarungen unrechtmäßig ist.

Oberbürgermeister Stüber: Selbstbedienungs- mentalität

Soziale Liste zu Oberbürgermeister Stüber: 26.000 Euro als Zusatzpension (siehe Seite 3).

„Wasser auf die Mühlen der Neonazis“

Polizeipräsident Wenner in der Kritik

Der bekannte Publizist Ralph Giordao hat in einem vielbeachteten Artikel in der „Jüdischen Allgemeinen Wochenzeitung“ Schluss gefordert: „Schluss mit einer Dramaturgie, die der zeitgenössischen Variante des Nationalsozialismus juristisch abgesegneten Polizeischutz gewährt, während Gegendemonstranten Bekanntheit mit dem Polizeiknüppel machen müssen“.

Mit der Polizeimacht mussten Bochumer Antifaschisten immer wider Bekanntheit machen. So teilte die Polizei in einer bürgerkriegsähnlichen Aktion im vergangenen Jahr den Bochumer Stadtteil Werne in zwei Teile und sperrte den Zugang zum nördlichen Stadtteil völlig ab, um 100 Neonazis ihren Aufzug zu ermöglichen. Gleichzeitig wurden Bürger und Gegendemonstranten mit Gewalt in Schach gehalten.

Doch das war wenig im Vergleich mit der Strategie, die die Polizei für den Fall ausgearbeitet hatte, wäre die antisemitische NPD-Zusammenrottung am 13. März nicht Verboten worden. Das Konzept sah folgendes vor: Die Bochumer Innenstadt („Gleis-Dreieck“) wird zur Zone erklärt, in der jegliche politische Demonstration verboten wird. Die Stadt wird außerdem polizeilich zweigeteilt. Eine von der Sozialen Liste Bochum angemeldete Kundgebung unter dem Motto „Gegen Antisemitische Hetze – Für die Synagoge“, die auf dem nach dem Kommunisten und ermordeten antifaschistischen Widerstandskämpfer Karl Springer benannten Platz stattfinden sollte, wird verboten. Dieser westliche Teil der Stadt sollte den Neofaschisten vorbehalten sein, so die Polizei. Der nord/östliche Teil wird hingegen den antifaschistischen Gruppen und Initiativen „zugeteilt“. In diesem Bereich liegt auch der Ort an der das „offizielle Bochum“ (OB, Kirchen, IHK u. a.) für die Synagoge eingetreten ist.

Ist diese Taktik und Aufteilung schon unakzeptabel und schlichtweg skandalös, wird die Betrachtung der Stadtteile zum Politikum, die die Polizeiführung für die Demonstrationen vorgesehen hatte. Die Antifaschisten wären gezwungen worden über die Wittenerstraße und dem Lohring, vorbei an der Polizeikaserne und dem Gefängnis „Kümmede“, durch weitgehend wenig bewohnte Stadtgebiete zu demonstrieren, während den Neofaschisten der Griesenbruch, ein traditioneller Arbeiterstadtteil, zugesprochen worden wäre. Hier liegt ein durch den Strukturwandel betroffener sozialer Brennpunkt, der von hoher Arbeitslosigkeit betroffen ist, der über wenig kulturelle Einrichtungen verfügt und dessen soziale Strukturen von Umbrüchen gekennzeichnet sind. Es ist eines der Gebiete, die von den Neonazis bevorzugt zur Propaganda ausgesucht werden. Nur – ausgesucht wurde er nicht von den Nazis, die Bochumer Polizeiführung unter seinem Präsidenten Thomas Wenner wählte ihn stattdessen aus. „Da soll Wasser auf die Mühlen der NPD geleitet werden“, so ein Kommentar eines bekannten Bochumer Antifaschisten.

Bochum erinnert in fataler Weise an die Spätzeit der Weimarer Republik, als von (oft sozialdemokratischen) Polizeiführungen ähnliche Konzepte zum Tragen kamen, die den Nazis erst ihre relativen Erfolge in den Großstädten ermöglichten.

(Gracchus)

Presseinfo Soziale Liste:

Empört über PP Wenner

Bochum - (bl) Erschüttert und empört hat die Soziale Liste Bochum der Polizeieinsatz am 16. April, als die Besucher von zwei Bochumer Moscheen stundenlang festgehalten und datenmäßig erfasst wurden.

Man wertete die Polizeiaktion als eine ungeheuerliche Provokation und Einschränkung demokratischer Rechte. Die Polizeiaktion sorgt für eine erhebliche Erschwerung der Arbeit Derjenigen, die sich für die Integration und Zusammenarbeit der verschiedenen Bevölkerungsteile in der Stadt einsetzen. Die Soziale Liste Bochum ruft zur Solidarität mit den von den Polizeimaßnahmen Betroffenen auf und fordert von den Verantwortlichen der Stadt Bochum Polizeipräsident Wenner Einhalt zu gebieten und zur Rechenschaft zu ziehen.

Leserbrief:

Wenners Law and Order Mentalität

... Aus der Geschichte sind derartige Maßnahmen bisher eigentlich nur aus dem Wilhelminischen Kaiserreich mit der Verhängung des kleinen Belagerungszustandes während der großen Bergarbeiterstreiks von 1889 und 1905 und den Großrazien der Nazis in Arbeitersiedlungen in der Mitte der 30er Jahre bekannt. Wenn sich Bochums Polizeipräsident jetzt rühmt die Daten von 476 Moscheebesuchern zu kennen setzt er die pauschale Kriminalisierung einer ganzen Bevölkerungsgruppe auf unerträgliche Weise fort. Die Hoffnung, das solche Großeinsätze gegen muslimische Gottesdienstbesucher in Deutschland Schule machen werden, zeigen eine ungeheuerliche „Law and Order“-Mentalität. Da auch Wenners Polizeieinsätze anlässlich der Demonstrationen der Neonazis ähnlich fragwürdig waren, liegt hier offensichtlich ein ordnungspolitisches Gesamtkonzept vor, das nicht in ein demokratisches Gemeinwesen passt.

Günter Gleising (Mitglied des Kreisvorstandes der VVN - BdA Bochum)

EU – Erweiterung**Neue Profite
für das Kapital**

Bochum (bl) - Immer mehr Firmen wollen ihre Produktion in die neuen Länder der EU verlagern. Was die Firmen lockt sind vor allem die saten Investitionshilfen die von der EU gezahlt werden und niedrigere Löhne und geringere soziale Rechte.

Die Kosten für die Hilfen der EU für die neuen Mitgliedsstaaten belaufen sich auf etwa 220 Milliarden Euro, davon 44 Milliarden durch Deutschland. Von diesem Batzen Geld, der von den Steuerzahlern aufgebracht wird, wollen sich die deutschen Banken, Konzerne und Wirtschaftsbetriebe möglichst viel sichern.

Zahlen soll mal wieder die Bürger, mit Steuergeldern und womöglich mit dem Verlust des Arbeitsplatzes.

Wahlerfolg der KKE

Essen (uz) - Bei den Parlamentswahlen im März konnte die Griechische Kommunistische Partei (KKE) ihren Stimmenanteil auf knapp 6% erhöhen und ist mit jetzt 12 Sitzen im Parlament vertreten. Die Wahlen brachten auch eine Ablösung der bisherigen konservativen Regierung durch die Sozialdemokraten der PASOK.

Gerster, Welteke, Stüber:**Selbstbedienungsmentalität****Soziale Liste Bochum fragt:
Aufsichtsrat als Pensionsjob?**

Bochum (bl) - Die erneute Wahl von OB Stüber in den Aufsichtsrat der Gelsenwasser AG führt bei der Sozialen Liste Bochum zu der Frage ob es sich hierbei, angesichts der bevorstehenden Pensionierung Stübers, nicht um einen zusätzlichen Rentnerjob handelt. Die Partei wirft Stüber Selbstbedienungsmentalität vor und stellt ihn in eine Reihe mit Florian Gerster und Ernst Welteke.

Die Vorgänge um OB Stüber sind in einem Artikel in der Mai-Zeitung der Sozialen Liste enthalten, die in wenigen Tagen erscheinen wird. Hier der Artikel, den die Soziale Liste in einer Presseinformation vorab veröffentlichte: Ernst-Otto Stüber hat es weit gebracht. Vom kleinen Redakteur der Gewerkschaftszeitung „Einheit“, wurde er über den Posten des Bezirksvorstehers in Bochum-Ost Oberbürgermeister der Stadt. Zur nächsten Kommunalwahl kandidiert OB Stüber nicht mehr, denn er hat die Altersgrenze erreicht und geht in Beamtenpension.

Doch so ganz nun wieder doch nicht. Am 2. April 2004 wurde Ernst-Otto Stüber in den Aufsichtsrat der Gelsenwasser AG gewählt, nachdem er zuvor deren Gründungs-Aufsichtsratsvorsitzender war. Gelsenwasser ist mit einem Umsatz von 400 Millionen Euro Deutschlands größtes Wasserversorgungsunternehmen und beliefert auch 13 Städte mit Erdgas. Die Dotierung für die sieben einfachen Mitglieder des Aufsichtsrates ist mit 26.000 Euro enorm. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält sogar satte 54.000 Euro.

Ähnlich wie bei den Personalien Gerster (Bundesagentur für Arbeit) und Welteke (Bundesbank) sind auch die Vorgänge bezüglich Stüber äußerst dubios und zeugen von Selbstbedienungsmentalität, denn; vor einem Jahr kauften die Stadtwerke Bochum und Dortmund die Aktienmehrheit (95 %) an der Gelsenwasser AG. Der Kaufpreis betrug damals 835 Mio Euro. Während dem großen und reichen Energiekonzern RWE dieser Preis zu hoch war, kauften Bochum und Dortmund das Aktienpaket. Einer der vehemen-



E.O. Stüber, Foto: Stadt Bochum

testen Befürworter des Geschäftes: Bochums OB Stüber.

Ernst-Otto Stüber war im vergangenen Jahr auch Verhandlungsführer der Städte und Gemeinden bei den Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst. Dort schlug er eine „Nullrunde“ für die Beschäftigten vor, was durch Inflationsrate und Preiserhöhungen einer Reallohnsenkung gleichkam. Stübers Begründung war die Finanzmisere der Städte, die laut OB Stüber „pleite“ sind. Doch die städtischen Stadtwerke konnten zur gleichen Zeit Hunderte von Millionen Euro „auftreiben“ um Gelsenwasser mit zu kaufen. Sechs Monate später war Ernst-Otto Stüber Vorsitzender des Aufsichtsrates der Gelsenwasser AG. Ein Schelm der Bösses dabei deckt.

Übrigens: Die Bochumer Stadtwerke, erhöhten den Wasserpreis zum 1. April des Jahres um 12,5 Cent je Kubikmeter. Gleichzeitig gab die Gelsenwasser AG bekannt, sie habe noch nie soviel verdient wie im letzten Jahr und 50 Millionen Euro Gewinn erzielt.

#

Ich möchte...

- | Informationen über die DKP bekommen.
- | die Sozialismusvorstellungen der DKP zugesandt bekommen.
- | Einladungen zu den Veranstaltungen der DKP in Bochum.
- | Kontakt.

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Impressum:

bochum links – Zeitung der DKP Bochum, wird vom Kreisvorstand der DKP Bochum herausgegeben. V.i.S. d.P.: W. Quere, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen.

+ : DKP Bochum, Postfach 290 148, 44746 Bochum

(: 0234 - 68 84 06

Email: info@dkp-bochum.de;

Internet: www.dkp-bochum.de

F Fortsetzung von Seite 1:

Umsatzsteigerungen und Gewinne

Den Leierhaften Klagen über den schlechten „Wirtschaftsstandort Deutschland“ stehen bei vielen Unternehmen die tatsächlichen Ergebnissen und Profitraten entgegen. Ob RWE, Eon, Henkel, BMW, Deutsche Post, ThyssenKrupp, Puma, Onken, Bitburger, Continantal, sie alle erzielten 2003 glänzende Gewinne. Doch Gewinne der Unternehmen führen meist nicht zu neuen Arbeitsplätzen.

Im Gegenteil: Jede Ankündigung eines drastischen Arbeitsplatzabbaues honoriert die Börse mit Kurssprüngen. Wie heißt es im Artikel 24 der Landesverfassung: Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen. Der Schutz seiner Arbeitskraft hat den Vorrang vor dem Schutz des materiellen Besitzes. Jedermann hat ein Recht auf Arbeit.



Landtagsabgeordnete:

9.500 Euro

Düsseldorf (bl) - Die Diäten der Landtagsabgeordneten sollen auf 9.500 Euro Brutto steigen, das schlägt eine Arbeitsgruppe des NRW-Landtages vor. Der Ältestenausschuss wird sich mit dem Vorschlag im Mai beschäftigen.

DKP kündigt zur Europawahl

Berlin (bl) - Auf einer Bundeswahlkonferenz am 10. Januar hat die DKP ihre Teilnahme an der Europawahl beschlossen. Die Wahl findet am 13. Juni 2004 statt.

F Fortsetzung von Seite 1:

Umsatzsteigerungen und Gewinne

Den Leierhaften Klagen über den schlechten „Wirtschaftsstandort Deutschland“ stehen bei vielen Unternehmen die tatsächlichen Ergebnissen und Profitraten entgegen. Ob RWE, Eon, Henkel, BMW, Deutsche Post, ThyssenKrupp, Puma, Onken, Bitburger, Continantal, sie alle erzielten 2003 glänzende Gewinne. Doch Gewinne der Unternehmen führen meist nicht zu neuen Arbeitsplätzen. Im Gegenteil: Jede Ankündigung eines drastischen Arbeitsplatzabbaues honoriert die Börse mit Kurssprüngen. Wie heißt es im Artikel 24 der Landesverfassung: Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen. Der Schutz seiner Arbeitskraft hat den Vorrang vor dem Schutz des materiellen Besitzes. Jedermann hat ein Recht auf Arbeit.

42 Stunden Woche?

Bochum (bl) - Wirtschaftsminister Clement (SPD) ist für generelle Arbeitszeitverlängerungen, Steuer (CSU) fordert die 42 Stunden-Woche und die in den Bundesländern werden bereits vollendete Tatsachen.

Beispielsweise setzte die Landesregierung (SPD/GRÜNE) die Arbeitszeiten für Beamte auf 41 Stunden herauf. Doch der öffentliche Dienst ist nur der Vorreiter. Auch in vielen Betrieben wurde die Arbeitszeit mit Hilfe von Betriebsvereinbarungen heraufgesetzt. Der Weltkonzern Siemens versucht jetzt mit der Drohung die Produktion ins Ausland zu verlagern in ihren Werken in Kamp-Lintfort und Bocholt die 40 Stunden-Woche zu erzwingen. Arbeitszeitverlängerungen verschärfen die Arbeitslosigkeit. Die angestiegene Arbeitslosigkeit auf 20% (mit Dunkelziffer) geht auch auf das Konto der Beendigung des Kampfes um die 35 Stunden Woche und der folgenden „schleichenden Arbeitszeitverlängerungen“.